

## R6 : Verurteilen wir das Apartheidsystem von Israel

**Antragstellende :** Mehdi Mesbah (JSV), Mona Dennaoui (JSV), Mehdy Henrioud (JSV), Davide Missiaglia (JSV), Soline Caiazza (JSV), Nicolas Schnorhk (JSV), Niccolò Mazzi-Damotti (GISO Ticino), Siro Fadini (GISO Ticino), Mattia Veroni (GISO Ticino), Aida Demaria (GISO Ticino), Santiago Storelli (GISO Ticino), Penelope Scacchi (GISO Ticino), Julien Berthoud (GISO Ticino), Thomas Salati (GISO Ticino)

Seit vielen Jahrzehnten missachtet der Staat Israel die grundlegenden Menschenrechte und gleichzeitig auch das Völkerrecht in Bezug auf das palästinensische Volk.

Zu diesem Schluss kommt ein ganz aktueller Bericht von Amnesty International über die israelische Besatzung in Palästina. Sein Fazit ist klar und unmissverständlich: "Der Staat Israel hat ein System der systematischen Unterdrückung der Palästinenser\*innen errichtet. Diese Menschenrechtsverletzungen entsprechen einem Apartheidsystem, was durch das internationale Recht verboten ist."<sup>1</sup>

Das israelische Regime verfolgt eine segregierende, kolonisierende und imperialistische Politik. Diese unmenschliche Politik lässt sich anhand zahlreicher Fakten veranschaulichen: Im Mai 2021 wurden in Ostjerusalem viele Palästinenser\*innen gezwungen, ihre Häuser zugunsten jüdischer Siedler\*innen zu verlassen. Einige von ihnen mussten mit ansehen, wie ihre Häuser ungerechtfertigt zerstört werden. Andere wurden Opfer einer abscheulich ungerechten Enteignung ihres Landes. Die meisten dieser Ereignisse spielen sich in den besetzten palästinensischen Gebieten ab, welche man mit Kolonien oder auch offenen Gefängnissen vergleichen kann, die das israelische Segregationssystem verdeutlichen. Dort sind die Lebensbedingungen extrem schwierig. Das Gesundheitssystem ist schlecht, die Bildung ist nicht gewährleistet und es besteht häufig kein Zugang zu sauberem Trinkwasser. Hinzu kommt die fast ständige Bedrohung durch Bombenangriffe und gewaltsame militärische Unterdrückung, die immer wieder zu Toten und Verletzten führt. Man denke nur an die Militäroperation in Gaza im Mai 2021, bei der über 260 Palästinenser\*innen, darunter 39 Frauen und 67 Kinder, getötet wurden.

Über die militärische Unterdrückung hinaus sind die Palästinenser\*innen in diesen Siedlungen einer eindeutigen gesetzlichen Repression ausgesetzt, die ihnen unter anderem grundlegende zivile und politische Rechte vorenthält.

---

<sup>1</sup><https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/apartheid-gegen-die-palaestinerinnen>

An sich dient das Apartheidsystem Israels nur dazu, seine Herrschaft über diese Siedlungen und ganz allgemein über das palästinensische Volk zu festigen. Es ist unvorstellbar, einen Staat zu unterstützen, der von Imperialismus, Segregation und Unmenschlichkeit geprägt ist. Die internationale Gemeinschaft muss handeln und die falschen Antisemitismusvorwürfe zurückweisen, die vom israelischen Apartheidregime instrumentalisiert werden, um jegliche Kritik zum Schweigen zu bringen, wie jüngste Beispiele zeigen. Noch bevor der Amnesty-Bericht veröffentlicht wurde, beschuldigte der israelische Außenminister die NGO des Antisemitismus. Ein Unsinn, der von antizionistischen jüdischen Organisationen auf der ganzen Welt, wie Jewish Voice for Peace in den USA und Union Juive pour la Paix in Frankreich, angeprangert wurde, indem sie entschieden erklärten, dass Antizionismus nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen ist.

Die Verteidigung der palästinensischen Rechte ist im Völkerrecht verwurzelt, gegen das das israelische Apartheidregime ständig verstößt, indem es nicht weniger als dreißig von den Vereinten Nationen verabschiedete Resolutionen missachtet. Zu nennen sind hier insbesondere die Resolution 194, die palästinensischen Geflüchteten das Recht auf Rückkehr gewährt, und die Resolution 242, die die Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel verurteilt. Doch seit über 70 Jahren hindert Israel palästinensische Geflüchtete an der Rückkehr in ihr Land, was zu jahrzehntelangem Leid führt, und baut weiterhin illegale Siedlungen im Westjordanland. Und dies schon seit viel zu lange !

Dementsprechend stellen wir die folgenden Forderungen:

- Der Bund muss das israelische Apartheidsystem sofort anprangern und sich aktiv gegen das Regime stellen.
- Der Bund muss Waffenexporte nach Israel verbieten.
- Der Bund muss Israel kommerziell boykottieren und diplomatische Sanktionen einführen.
- Das Staatssekretariat für Migration muss Palästina sowie alle israelischen Siedlungen auf die Liste der prioritären Länder und Regionen für die Aufnahme von politischen Flüchtlingen setzen.

Empfehlung der Geschäftsleitung : ablehnen.

*Die Geschäftsleitung empfiehlt, diese Resolution abzulehnen, da sie unter anderem ein falsches Verständnis der israelisch-palästinensischen Situation und falsche Verallgemeinerungen enthält.*

*Erstens sind die besetzten palästinensischen Gebiete im Gegensatz zu dem, was die Einreicher schreiben, keine Siedlungen an sich: Israelische Siedlungen sind Gemeinschaften israelischer Staatsbürger/innen, die illegal (nach internationalem Recht, aber manchmal auch ohne vorherige Zustimmung der israelischen Regierung) in den palästinensischen Gebieten, insbesondere in der Zone C, und mit dem Ziel errichtet wurden, das der jüdischen israelischen Bevölkerung zur Verfügung stehende Territorium zu erweitern. Eine grosse Zahl palästinensischer Personen arbeitet in diesen israelischen Siedlungen, kann dort aber nicht leben. Diese Vermischung, die möglicherweise auf eine Verwechslung mit den palästinensischen Flüchtlingslagern zurückzuführen ist und im gesamten Text mehrfach wiederholt wird, ist ein Missverständnis der israelisch-palästinensischen Situation.*

*Zweitens hat die palästinensische Bevölkerung je nach ihrem Wohnort und der Behörde, der dieser Wohnort untersteht, sehr unterschiedliche politische, zivile und grundlegende Rechte: sei es ausserhalb der besetzten israelischen und palästinensischen Gebiete, in Israel, in den drei Verwaltungszonen, die das Westjordanland begrenzen (Zone A unter ziviler und militärischer Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde, Zone B unter gemeinsamer israelisch-palästinensischer militärischer Kontrolle und palästinensischer ziviler Kontrolle, Zone C unter israelischer militärischer und ziviler Kontrolle), oder im Gazastreifen, der de facto von der Hamas regiert wird. Es ist daher unmöglich, die Situation aller palästinensischen Personen zu verallgemeinern, ohne diese unterschiedlichen rechtlichen und politischen Regime zu berücksichtigen. Nehmen wir als Beispiel die politischen Rechte: In Israel haben palästinensische Bürger\*innen das Recht, zu wählen und sich zur Wahl zu stellen, aber ihr Recht auf politische Partizipation ist in der Praxis eingeschränkt. Im Westjordanland wird die Versammlungsfreiheit der Palästinenser\*innen von der israelischen Regierung stark eingeschränkt und politischer Dissens wird sowohl von der palästinensischen als auch von der israelischen Regierung gewaltsam unterdrückt, ebenso wie in Gaza von der Hamas. In Ost-Jerusalem haben die Palästinenser\*innen weder im Westjordanland noch in Israel das Recht, am politischen Leben teilzunehmen. Es ist also eine Tatsache, dass die politischen Rechte der palästinensischen Bevölkerung eingeschränkt werden, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass*

*Die systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung ist eine Konstante in allen Situationen, in denen der Staat Israel die Kontrolle über die Wahrnehmung ihrer Rechte hat, d.h. in Israel, in den besetzten palästinensischen Gebieten und gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen: Sie ist das Ergebnis der israelischen Politik und muss bekämpft werden. Die JUSO Schweiz verurteilt jedoch alle Menschenrechtsverletzungen, die in der israelisch-palästinensischen Situation begangen werden, denn wir kämpfen für ein würdiges Leben für alle Menschen, unabhängig von ihrer Religion oder Staatsbürgerschaft. Während wir den Staat Israel*

*als unterdrückende Partei und die palästinensische Bevölkerung als unterdrückte Partei klar anerkennen, wollen wir nicht die Augen vor der diskriminierenden Politik der Hamas gegenüber Frauen und LGBTQIA+-Personen oder vor der Unterdrückung politischer Gegner\*innen durch die palästinensischen Behörden in Gaza und im Westjordanland verschliessen.*

*Schliesslich verurteilen wir alle Formen von Diskriminierung und Aufstachelung zum Hass: Antisemitismus ist eine Realität, auch innerhalb von Aktivist\*innengruppen zur Unterstützung der Palästinenser\*innen, wie einige Äusserungen und Angriffe auf Synagogen in Deutschland im vergangenen Frühjahr gezeigt haben. Wir sind uns zwar bewusst, dass die israelische Regierung und ihre Unterstützer systematisch Antisemitismusvorwürfe verwenden, um Menschen zu diskreditieren, die Israels Menschenrechtsverletzungen anprangern, aber das bedeutet nicht, dass antisemitische Positionen innerhalb aktiver Gruppen nicht existieren. Es ist unsere Pflicht, Antisemitismus zu bekämpfen, genauso wie wir Islamophobie bekämpfen, und kontextlos "falsche Antisemitismusvorwürfe zurückweisen" zu wollen, verleugnet nicht nur die Schwere bestimmter Äusserungen und Handlungen, sondern trägt auch zu einer Normalisierung des Antisemitismus bei, die verhindert werden muss.*

*Aus den oben genannten Gründen empfehlen wir euch daher, diese Resolution abzulehnen.*